

WELT  ONLINE

URL: <http://www.welt.de/politik/article3845354/DGB-und-Linke-erklaeren-Dumpingloehnen-den-Krieg.html>

[Bilder ein-/ausblenden](#) [Artikel drucken](#)

Gemeinsames Positionspapier

DGB und Linke erklären Dumpinglöhnen den Krieg

2. Juni 2009, 12:47 Uhr

Es ist eine Kampfansage an den Kapitalismus: In einem gemeinsamen Positionspapier haben die Linkspartei und der Deutsche Gewerkschaftsbund ein arbeitnehmerfreundliches Europa gefordert. Zentraler Punkt ist der Kampf gegen Dumpinglöhne. Der DGB weist jedoch den Vorwurf zurück, er betreibe Wahlwerbung für die Linken.



Foto: dpa

Machen sie bald gemeinsame Sache? Die beiden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Linkspartei, Oskar Lafontaine (l) und Gregor Gysi (r) mit DGB-Chef Michael Sommer

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Linkspartei streben zusammen ein sozialeres Europa an. Beide Seiten stellten dazu – fünf Tage vor der Wahl zum Europaparlament – ein gemeinsames Positionspapier in Berlin vor. Zentrale Punkte darin sind der Kampf gegen Dumpinglöhne, für gleiche Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sowie das Streikrecht der Gewerkschaften.

Zuvor hatte der DGB auch mit der SPD und den Grünen vergleichbare Positionspapiere erarbeitet. DGB-Chef Michael Sommer sagte, man habe auch mit Union und FDP das Gespräch gesucht, dies aber ohne Erfolg. Die FDP habe nicht einmal reagiert. Alle Parteien will der DGB an den Kriterien der "Klausel für ein europäisches Sozialmodell" messen.

Mit dieser "Fortschritts-Klausel" soll erreicht werden, dass Binnenmarkt-Freiheiten wie die Niederlassungsfreiheit für Unternehmen nicht länger Vorrang vor Arbeitnehmer-Grundrechten, zum Beispiel dem Streikrecht, hat. Der DGB ist sich nach Sommers Worten mit SPD, Grünen und Linken einig, dass es bei der Wahl des neuen Präsidenten der EU-Kommission nur jener Kandidat unterstützt werden soll, der dem Vorrang sozialer Grundrechte verpflichtet sei.

Sommer wies den Vorwurf zurück, der DGB betreibe Wahlwerbung zugunsten der Linken. Könnte man eine Verständigung mit der CDU erreichen, würde man sogar "einen Tag vor der Wahl" noch einen Pressetermin mit der Kanzlerin machen, sagte Ver.di-Chef Frank Bsirske.

Sommer betonte, für die Gewerkschaftsmitglieder gebe es "keine Wahlempfehlung" zugunsten irgendeiner Partei. In den drei Positionspapieren spiegelten sich die Gewerkschaftsforderungen für ein sozialeres Europa wider.

Staatshilfe für Firmen nur mit Gegenleistungen

Der DGB und die Linkspartei forderten zudem Staatshilfen an Unternehmen von Gegenleistungen für die Beschäftigten abhängig zu machen. "Die Altaktionäre und Eigentümer dürfen nicht geschont werden", sagte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki der "Berliner Zeitung".

"Bevor Steuermittel fließen, müssen sie gezwungen werden, alle finanziellen Ressourcen zu mobilisieren." Staatliche Bürgschaften und Beteiligungen müssten zudem mit dem Ausbau der Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer einhergehen. Auch seien eine Standort- und Beschäftigungssicherung "notwendige Voraussetzungen" für staatliche Hilfsleistungen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei, Klaus Ernst, verlangte ebenfalls eine Verpflichtung der betroffenen Unternehmen, auf Massenentlassungen, Standortschließungen und Lohnsenkungen zu verzichten. "Die Gewährung von Staatshilfen muss an soziale Kriterien gebunden werden", sagte Ernst in einer Mitteilung. Aus den Staatsmitteln müssten Staatsanteile und mittelfristig Belegschaftsbeteiligungen werden.

Gesamtmetall-Präsident Kannegiesser warnte mit Blick auf Opel und Arcandor vor einer unkontrollierten Ausweitung der Staatshilfen. "Es scheint eine Politisierung in die Wirtschaft einzuziehen, die letztlich wirtschaftliche Maßstäbe aushöhlt", sagte der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall der "Berliner Zeitung".

Die im Finanzsektor notwendigen staatlichen Rettungsmaßnahmen sollten nicht auf die Realwirtschaft übertragen werden. "So gesehen ist die Opel-Lösung ein Sündenfall, der politischer Opportunität geschuldet war", sagte Kannegiesser. "Schwamm darüber – aber bloß nicht noch mal."

dpa/fs1
